

## Sessionsbericht

# Von der Hornkuh-Initiative bis zum krachenden Stuhl

14 Vorlagen kamen im Rahmen der Sommersession parlamentarisch unter Dach und Fach. Für einmal wurden – gottlob – praktisch keine parlamentarischen Vorstösse, dafür heisse Eisen wie die Selbstbestimmungsinitiative der SVP oder die EU-Entwaffnungsrichtlinie behandelt. Einen kleinen Schockmoment erlebte ich in der dritten Sessionswoche.

Der Nationalrat hat während rund neun Stunden über die Selbstbestimmungsinitiative der SVP beraten und diese mit 127 zu 67 Stimmen verworfen. Mit der Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» will die SVP festlegen, dass die Bundesverfassung gegenüber dem nicht zwingenden Völkerrecht immer Vorrang hat. Die Initiative will die Unabhängigkeit und damit die direktdemokratischen Rechte der Schweizerinnen und Schweizer sichern. Was das Stimmvolk entscheidet, soll in der Schweiz oberste Geltung haben. Fremde Richter oder internationale Organisationen sollen dabei (mit Verweis auf die ungenügende Umsetzung der Ausschaffungs- oder Masseneinwanderungsinitiative) keinen immer grösser werdenden Einfluss auf unsere Gesetzgebung erhalten.

In der Schweiz bestimmen derzeit weder Politiker noch Wirtschaftskapitäne, sondern der einfache Bürger sagt, wo es langgeht. Und das ist gut so! Dennoch gibt es heute eine Tendenz, welche unsere demokratisch geschaffenen Gesetze zunehmend an zweite Stelle setzen will. Dieser Tendenz kann mit der Annahme der Selbstbestimmungsinitia-

tive entgegnet werden. Aus dem einfachen Grund: kein anderes Land, keine anderen Richter und keine andere internationale Organisation sollen bestimmen, welches Recht in der Schweiz zu gelten hat. In der Schweiz soll Schweizer Recht gelten. Das Schweizer Stimmvolk wird sich noch dieses Jahr zur Initiative äussern.

## Für die EU-Entwaffnungsrichtlinie

Mit 114 zu 67 Stimmen sprach sich der Nationalrat ebenfalls für die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie und damit für die Verschärfung des Waffenrechts aus. Die Richtlinie (eine Weiterentwicklung des Schengener-Abkommens) ist eine Folge der jüngsten Terroranschläge und hat zum Ziel, den Zugang zu halbautomatischen Gewehren (unter anderem Sturmgewehr 90) und Pistolen zu beschränken.

Das Schengener-Abkommen verfolgt das Ziel, durch eine bessere europäische Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und eine effiziente Abwicklung der Asylgesuche zu sorgen. Das Abkommen hat allerdings die Erwartungen nicht erfüllt. Unsere nicht mehr systematisch kontrollierten Grenzübergänge haben zu einem regelrechten Kriminaltourismus geführt. Gleichzeitig bestehen Probleme in Bezug auf Schmuggel oder der Einreise von potenziellen Terroristen. Als assoziiertes Mitglied muss die Schweiz die EU-Waffenrichtlinie trotzdem übernehmen. Die Richtlinie ist ein Papiertiger, weil damit auch in Zukunft kein ein-

ziger terroristischer Anschlag verhindert werden kann. Vielmehr sorgt sie für zusätzlichen Kontrollaufwand. Betroffen davon sind vor allem unsere Ordnungshüter, die heute schon über 50 Prozent ihrer Arbeit am Schreibtisch verbringen. Polizisten würden folglich noch mehr an der Front fehlen. Dies würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit führen. Die Vorlage bleibt deshalb vor allem eines: ein Musterbeispiel für fremdes EU-Recht, zu dessen Übernahme die Schweiz gezwungen wird.

## Hornkuh- und Zersiedelungs-Initiative

Mit der Hornkuh-Initiative würde in der Verfassung festgeschrieben werden, dass horntragende Kühe, Zuchtstiere, Ziegen und Zuchtziegenböcke zwingend finanziell unterstützt werden müssten. Die Zersiedelungs-Initiative verlangt, dass die Ausdehnung der Bauzonen gesamtschweizerisch auf unbestimmte Zeit zu stoppen sei. Beide Initiativen lehnte der Nationalrat grossmehrheitlich ab.

Der Nationalrat hat offenbar noch nicht bemerkt, dass wir nicht in einer friedlichen Welt leben, wie man das vielleicht eine Zeit lang glaubte und hoffte. Die Liste der andauernden Kriege und Konflikte ist lang. Die Militärausgaben steigen weltweit. Der Nationalrat hat es verpasst, endlich die langfristige Finanzierung unserer Armee ernsthaft zu regeln und sicherzustellen. Er lehnte mit 118 zu 70 Stimmen eine parlamentarische Initiative ab, welche die Armeeausgaben

auf ein Prozent des BIP erhöhen wollte. Unterstützt wurde das Anliegen nur von der SVP.

## Cannabis-Legalisierung gestoppt

Im Gegensatz zum Ständerat möchte der Nationalrat keinen Experimentierartikel für eine regulierte Cannabis-Abgabe schaffen. Der Nationalrat folgte damit einer Minderheit aus den Reihen der SVP, die diese Motion eines SP-Ständerats ablehnte. Ein Experimentierartikel wäre ein weiterer Schritt hin zur Legalisierung von Cannabis. Alle Versuche, eine solche Legalisierung auf direktdemokratischem Wege einzuführen, sind bislang klar gescheitert. Der offensichtliche Versuch, dies durch die Hintertür einzuführen, konnte vereitelt werden.

Mit Erleichterung kann die Rückweisung der Gesamtschau

Agrarpolitik bei den Landwirten zur Kenntnis genommen werden. Die brandgefährliche Gesamtschau war als Grundlage für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik völlig untauglich und hätte infolge einer Öffnung des Grenzschutzes zu einem zusätzlichen Bauernsterben in der Schweiz geführt. Nun ist der Weg für einen Neuanfang frei, bei dem Agrar- und Handelspolitik voneinander getrennt zu behandeln sind, damit die Landwirtschaft in der Schweiz auch künftig eine existenzielle Basis hat.

## Geschlechterquoten in Unternehmen

Der Nationalrat hatte sich mit einem minimalen Plus von 95 zu 94 Stimmen für Geschlechterquoten in grossen Unternehmen ausgesprochen. Dies ist nichts anderes als ein Eingriff in die

unternehmerische Freiheit. Jetzt müssen bestimmte Schweizer Unternehmen Geschäftsgeheimnisse über Beziehungen zu staatlichen Stellen publizieren – öffentlich und für die ausländische Konkurrenz einsehbar. Möglich war dies, weil einige sogenannte bürgerliche Vertreter mit Ja stimmten.

## Schockmoment auf meinem Ledersessel

Mein Stuhl im Nationalrat knarrte schon lange, schliesslich sass auf ihm ja auch das eine oder andere politische Schwergewicht. Dieses Knarren verhiess also schon lange nichts Gutes. Als nun – wie so oft – jemand von der Reihe direkt hinter mir den Papierkorb neben mir nicht richtig traf, passierte Folgendes: Als ich das Dokument aufheben wollte und dabei meinen Ledersessel etwas zurechtzte, knackte das Stuhlbein. Instinktives Aufspringen war die logische Folge. Vom Ratsweibel, der dies aufgrund der allgemeinen Erheiterung natürlich sofort mitbekommen hat, erhielt ich umgehend einen Ersatzstuhl ... wenn auch einen wesentlich kleineren. Die Folge: ein peinlicher Moment für mich und einige erneute Lacher im Ratsaal. Immerhin passierte das Missgeschick just in jenem Moment, als Bundesrat Ueli Maurer seinen Kaffee am Rednerpult verschüttete. Somit konnte ich mit meiner Aktion etwas von seinem Faux-pas ablenken.

David Zuberbühler  
Nationalrat SVP/AR



David Zuberbühler ist seit 2015 im Nationalrat.

Bild: Lukas Lehmann

## Sessionsbericht

# Im Zeichen von Steuerreform und AHV-Finanzspritze

Die Sommersession bescherte dem Ständerat einige besondere Momente. So war es die erste Session in der ganzen Legislatur, in der wir keine einzige Volksinitiative zu diskutieren hatten. Erst in der sprichwörtlich allerletzten Minute, nämlich in der Schlussabstimmung, äusserten wir uns per Knopfdruck zu drei Volksinitiativen, die aus dem Nationalrat zurückkamen. Dabei lehnten wir sowohl die Hornkuh- als auch die Zersiedelungs- und die Selbstbestimmungsinitiative klar ab. Sie werden voraussichtlich allesamt im November an die Urne kommen. Viel unterschiedlicher könnten die Vorlagen punkto Inhalt und Flughöhe kaum sein – das wird ein bunter Abstimmungssonntag.

Die mangels zu debattierenden Volksinitiativen eingesparte Zeit setzten wir gleich wieder ein, und zwar für die unbestrittene Königin der Aufmerksamkeit dieser Session: die Vorlage zur Steuerreform- und AHV-Finanzierung (STAF). Zu reden gaben vor allem zwei Punkte: Ist es sinnvoll, der AHV mehrere Milliarden an Steuergeldern und Lohnbeiträgen einzuschüssen, ohne dass sie strukturell besser aufgestellt würde? Und ist diese Verbindung von Steuer- und AHV-Vorlage überhaupt zulässig? Die erste Frage muss ich – nicht nur als junger Bürger – eigentlich ablehnen. Man dopt hier eine kranke Kasse

auf Kosten der Jüngeren, anstatt dass alle zur echten Gesundung beitragen würden. Allerdings wurde in der vorberatenden Wirtschaftskommission und im Rat klar, dass dies der politische Preis ist, um nach der gescheiterten Steuervorlage 17 doch noch die für unseren Wohlstand und Staat so wichtige Steuerreform durchzubringen.

In die zweite Frage schaltete ich mich staatsrechtlich ein. Im Unterschied zu vielen andern habe ich keine Mühe mit Kompromiss-Paketen. Sie eröffnen allen Seiten mehr Verhandlungsspielraum (wie hier genutzt), und die Stimmberechtigten bleiben frei: Sie können das Paket dann mit allen Vor- und Nachteilen gutheissen oder ablehnen. Wir müssen nicht «à la carte»-Gesetze machen. Sonst hätten wir weder das ZGB noch das OR noch das Strafgesetzbuch je erlassen können. Die eigentliche Ratsdebatte war dann aber erstaunlich kurz, weil der Kompromiss schon klar stand. Nun warten wir gespannt darauf, was der Nationalrat aus der Vorlage macht.

## Von Wölfen und Waldschnepfen

Episch debattierten wir dafür ein anderes Gesetz, obschon seine Bedeutung nicht mit der STAF vergleichbar ist: das Jagdgesetz. Zahlreiche Jagd-, Landwirtschafts- und Tierschutzexperten

aus unseren Reihen führten in allen Einzelheiten aus, wer wann genau welches Tier weshalb jagt oder eben nicht. Ein Ständerat hob sogar zu einem ausgedehnten Exkurs über die Schonzeit der Waldschnepfe aus. Im Kern ging es aber um den Wolf. Namentlich die Kantone Graubünden und Wallis wollen ihn einfacher abschliessen können. Wir beschlossen dann, dass die Kantone mehr Autonomie haben sollten, um die Bestände dieser Grossraubtiere zu beschränken, möglichst ohne Rechtsschutz. Als Vertreter eines Kantons, der von diesen Tieren wenig betroffen ist, fiel meine Abwägung zwischen Schutz und Abschuss etwas differenzierter aus.

## Transparenteres Parlament

Als Kommissionssprecher engagiert war ich sodann beim Parlamentsrecht. Es war mir ein Anliegen, hier gegenüber den Stimmberechtigten mehr Transparenz über unsere beruflichen und nebenamtlichen Tätigkeiten zu schaffen. Dank einem geschlossenen Ständerat konnten wir den Nationalrat auf unsere Seite bringen. Neu müssen Parlamentarier angeben, für wen sie arbeiten und auch, welche ihrer Mandate ehrenamtlich sind und welche nicht. So können die Stimmberechtigten die Verbindungen ihrer Parlamentarier besser einschätzen. Auch haben wir den

Zugang zu wichtigen Dokumenten unserer Kommissionen geregelt. So wird man unsere Entscheide besser nachvollziehen können.

## Seitenblick zum Nationalrat

Natürlich gucken wir im Ständerat ab und zu auch rüber zum Nationalrat. Der hatte diese Session ebenso gewichtige Geschäfte zu beraten. Vor allem für Behörden und KMU spannend war die Reform des öffentlichen Beschaffungswesens. Es ist gut, dass wir die komplizierten Regeln vereinfachen. Der Ständerat wird dann aber wieder etwas Heimatschutz abbauen müssen. Ziel des Be-

schaftungsrechts ist der optimale Umgang mit den Geldern der Allgemeinheit. Mehr Aufsehen erregte die Reform des Aktienrechts, und zwar nicht wegen des Aktienrechts selber, sondern wegen der «Frauenquoten» und den Haftungsregeln für internationale Konzerne. In der ständerätlichen Rechtskommission werde ich mich schon in wenigen Tagen auch darüber beugen. Ich finde zwar, der Staat muss Privaten nicht vorschreiben, wie sie ihre Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte zu besetzen haben. Insgesamt bringt die Aktienrechtsreform aber auch viele Erleichterungen. Gegenüber den Konzern-Haftungsregeln bin ich

allerdings kritisch. Die wurden nun aber ausgelagert. Wir beraten sie separat als Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungs-Initiative.

## «Lebenslange» Freiheitsstrafe

Im Team mit Nationalrätin Natalie Rickli reichte ich ein Postulat ein, wonach der Bundesrat uns Vorschläge machen soll, wie man die «lebenslange» Freiheitsstrafe reformieren kann. Die heutige «lebenslange» Freiheitsstrafe ist nämlich ein Etikettenschwindel: Wer nicht mehr gefährlich ist, kommt nach 15 Jahren zwingend raus. Somit müssen wir die Möglichkeit prüfen, für Schwerverbrecher eine höhere Strafe anzuordnen, die dem schweren Verschulden auch angemessen ist. Der Bundesrat wird damit voraussichtlich einverstanden sein.

## «Wo man singt, da lass Dich nieder»

Schliesslich organisierte ich diese Sommersession den bereits sechsten parlamentarischen Liederabend der Bundeshaus-Band. «Wo man singt, da lass Dich nieder», sagten wir uns, und sangen parteiübergreifend zu Pianoklänge Lieder von Mani Matter bis hin zu unserem Landsgemeindelied.

Andrea Caroni  
Ständerat FDP/AR



Andrea Caroni ist seit 2015 Mitglied des Ständerats. Bild: Lukas Lehmann